

Rüstungsdebatten in Russland

Aschot Manutscharjan

Die aktuelle Diskussion in Deutschland über die US-Raketenabwehrpläne in Osteuropa und Russlands Antwort darauf verlaufen eher emotional als sachlich. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die vorschnelle Bemerkung des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck, der von einem „neuen Kalten Krieg“ sprach. Außenminister Frank-Walter Steinmeier sekundierte, indem er in den Washingtoner Plänen „die Gefahr neuer Rüstungswettläufe“ zu erkennen glaubte, gegen die die Sozialdemokraten mit aller Kraft ankämpfen müssten. Deshalb erlaubte er sich ein „offenes Wort“ zu „missile defense“.

Dagegen hob Verteidigungsminister Franz Josef Jung im Rahmen der 9. Deutsch-Russischen Regierungskonsultationen am 15. Oktober 2007 in Wiesbaden hervor, „dass es das Ziel des amerikanischen Raketenabwehrsystems in Europa sei, den Schutz vor Raketen sowohl für ganz Europa als auch für Russland zu verbessern“. Auch die russischen Militär- und Sicherheitsexperten erkennen in den US-Raketenabwehrplänen in Osteuropa weder eine militärische Bedrohung für ihre Heimat noch einen Grund für Aufregung. Zum Ärger einiger deutscher Politiker und „Russland-Experten“ laufen die russischen Fachleute nicht Sturm, sondern betrachten die geplante Stationierung von zehn Abfangraketen nicht als Zerstörung des strategischen nuklearen Gleichgewichts zwischen den USA und Russland. Auch wenn die deutsche Haltung im neuen „Raketenstreit“ nicht mit

dem NATO-Nachrüstungsbeschluss in den 1980er-Jahren verglichen werden kann, gibt es einige historische Parallelen. Sie liegen vor allem in der Politik des neuen, selbstbewussten Russlands, das lieber die Peitsche knallen lässt, anstatt vertrauensbildende Maßnahmen zu fördern. Dabei entfernt sich das Land mit diesen Drohgebärden immer weiter von der angestrebten engeren Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und dem Plan einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur.

Am 15. Juli 2007 setzte Präsident Wladimir Putin die Erfüllung der russischen Verpflichtungen aus dem Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) von 1990 aus. Das Moratorium wird erst hundertfünfzig Tage nach der Kündigung, also nach den russischen Parlamentswahlen vom 2. Dezember 2007, wirksam werden. Noch mehr jedoch überraschte Putins Drohung, den INF-Vertrag (Washingtoner Vertrag über das Verbot der Produktion nuklearer Mittelstreckensysteme) zu kündigen. Will der Präsident einen neuen Rüstungswettbewerb starten? Sollte dies tatsächlich der Fall sein, bedeutete es den Anfang der zweiten Niederlage der russischen Volkswirtschaft im Wettkampf mit der freien Welt. Der erste Wettstreit führte bekanntermaßen zum Zerfall der Sowjetunion.

Was Präsident Putin „wirklich über die sicherheitspolitischen Probleme denkt“, hat er auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007 klargemacht. Die US-Pläne zur Errichtung eines Raketen-

abwehrsystems in Europa wies der russische Präsident kühl zurück: „Wir haben Waffen, die dieses System überwinden können.“ Washington warf er zudem vor, Europa damit eine „neue Spirale des Rüstungswettlaufs“ aufzuzwingen. Dass der Raketenschild einzig dazu diene, die USA und Europa vor Irans Raketen zu schützen, mochte Putin nicht glauben. Schließlich verfüge Teheran auf absehbare Zeit nicht über die notwendige Technologie zum Bau von Mittelstreckenraketen. Putins Ziel, zwischen Europa und die USA einen Keil zu treiben, durchkreuzte US-Verteidigungsminister Robert Gates gekonnt. Er erinnerte an das gemeinsame Wertefundament, das sich während des Kalten Krieges als effektive Waffe erwiesen habe. Vor allem die Ideen der politischen und wirtschaftlichen Freiheit, religiöse Toleranz, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hätten den „Kommunismus von innen zerstört“. Angesichts dieser einzigartigen Erfolgsgeschichte müsse Russland schon viel mehr bieten, um das transatlantische Bündnis auch nur zu gefährden. Die Ankündigung des Moskauer Verteidigungsministeriums, Polen und Tschechien nunmehr auf die Zielliste seiner Mittelstreckenraketen zu setzen, bezeichnete Washington als „extrem unglücklich“.

Neu aufgelegtes Feindbild

Tatsächlich schlug Putins Einschüchterungsversuch fehl: Mit dieser Taktik hatte der Kreml bereits den NATO-Beitritt der baltischen Staaten verhindern wollen. Präsident Putin bediente sich in München erneut der Rhetorik eines „Kalten Krieges“. Wohl eher ungewollt gibt er damit dem russischen Minderwertigkeitskomplex eine Stimme, einer Möchtegern-Supermacht, die mit militärischen Drohungen darum bettelt, ernst genommen zu werden. Zugleich ist sie ein Zeichen für die Frustration, die in Putins Regierung vorherrscht. Denn obwohl sich

Russland nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 uneingeschränkt mit den USA solidarisch erklärt hatte, wurden seine „Hoffnungen auf eine schnelle Integration in den Westen“ enttäuscht, meint der russische Forscher Dmitrij Trenin. Im Kreml ist man zutiefst empört über den rücksichtslosen Umgang der US-Administration mit den russischen Interessen, zum Beispiel die Ausdehnung der NATO bis an die Grenzen Russlands.

Die Neuausrichtung seiner Sicherheitspolitik begleitete der Kreml mit einer Propagandakampagne gegen die NATO. In fast allen russischen Medien ist Anti-Amerikanismus heute „ein Muss“. Dazu passt übrigens sehr gut Putins Münchner Rede. Das Anziehen der Energiepreise, ein dadurch sanierter Staatshaushalt, der eingedämmte Tschetschenien-Konflikt und der Aufbau eines Einparteiensystems haben der Zentralisierung der Staatsgewalt in einer Hand Vorschub geleistet. Derart gestärkt, konnte der russische Präsident auf dem internationalen Parkett die Glacéhandschuhe abstreifen. Es war kein Zufall, dass wenige Tage vor der Münchner Sicherheitskonferenz die Modernisierung der russischen Armee mit 145 Milliarden Euro bis 2015 bekannt gegeben wurde. Nach Putins Rede ist es amtlich: Das scheinbar verbrauchte Feindbild, die USA und die NATO, werden Russlands autokratisches politisches System und seine Militarisierung begleiten.

Im letzten Amtsjahr seiner Präsidentschaft legt Wladimir Putin einen starken Akzent auf die russische Sicherheitspolitik: So initiierte er eine Diskussion über Russlands Rolle in der Weltpolitik, die in ein neues „Nationales Sicherheitskonzept“ und eine aktualisierte Militärdoktrin münden soll. Den Debattenbeiträgen der Experten und Politiker ist zu entnehmen, dass sie im kommenden Jahrzehnt die Energiepolitik und die strategischen Raketenstreitkräfte als zentrale Instru-

mente der russischen Sicherheitspolitik einsetzen wollen. Allerdings schließt der Kreml eine Konfrontation wie zu Zeiten des „Kalten Krieges“ kategorisch aus. Für die aktuellen Spannungen zwischen Russland und „dem Westen“ macht Moskau allein die politische Klasse der USA, insbesondere deren Pläne zur nationalen und globalen Raketenabwehr, sowie das „Vordringen der NATO“ an Russlands Grenzen verantwortlich.

Neue Militärdoktrin

Bereits im Juni 2005 hatte Präsident Putin als Oberbefehlshaber der russischen Streitkräfte seinem Generalstab befohlen, eine neue Militärdoktrin auszuarbeiten. Bei einer Tagung der Akademie der Militärwissenschaften in Moskau am 20. Januar 2007 war es so weit: Unter dem Motto „Starke Armee – starkes Russland“ präsentierte der Generalstabschef, Armeegeneral Jurij Balujewskij, sein Konzept. Es wurde ausführlich in der Moskauer Fachzeitung *Nezavisimoe voennoe obozrenie* („Unabhängige Militär-Rundschau“) dokumentiert. Die erste Militärdoktrin Russlands war 1993 veröffentlicht und im Jahr 2000 überarbeitet worden. Die nicht militärischen Aspekte der Sicherheitspolitik gehörten damals noch zur „Nationalen Sicherheitskonzeption“.

Da sich nach dem Jahrtausendwechsel das System der internationalen Beziehungen verändert habe, benötige Russland eine neue Militärdoktrin, argumentierte Generalstabschef Balujewskij. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass sich die militärisch-politische Situation „nicht zugunsten Russlands“ entwickle. Ungeachtet der „Zusammenarbeit mit dem Westen habe die militärische Bedrohung Russlands nicht nachgelassen“. Nach den Worten des Generalstabschefs kommt die Hauptgefahr aus den USA, die „einen Kurs der Weltbeherrschung führen und die Gebiete, in denen Russland traditionell präsent war, zu übernehmen“ such-

ten. Als weitere Bedrohungen führte er „die Osterweiterung der NATO“ und die „lokalen Konflikte in Russlands Nachbarschaft“ an. Darüber hinaus stellte Balujewskij fest, dass sich „der feindliche Informationskrieg gegenüber Russland verstärkt“ habe.

Der einflussreiche Präsident der Akademie der Militärwissenschaften, Armeegeneral Machmud Garejew, verwies im Verlauf der Debatte auf die „farbigen Revolutionen“ in Georgien, der Ukraine und in Kirgistan. Sie hätten gezeigt, dass heutzutage die militärischen und die nicht militärischen Bedrohungen Russlands „eine organische Einheit“ bildeten. Konkret nannte Garejew „die Politik bestimmter internationaler Kräfte und führender Staaten, die die Souveränität Russlands verletzen sowie seine wirtschaftlichen Interessen mit politischen Mitteln und Informationskampagnen“ angriffen. Besondere Bedeutung misst der General der „Bedrohung der energetischen Sicherheit“ bei: Die Anführer der NATO seien bereit, „selbst die Erhöhung der Energiepreise als eine Art Aggression zu betrachten“. Außerdem erwähnte der Präsident der Akademie für Militärwissenschaften die „Gefahr des Einsatzes von Nuklearwaffen gegen Russland und die Proliferation“. Die anderen Atom-mächte würden diese Waffen letztendlich nur gegen Russland richten, meinte Garejew. Auch die Präsenz der mächtigen NATO-Streitkräfte an den russischen Grenzen und das globale Agieren der Nordatlantischen Allianz zerstörten die Militärbalance. Mit Blick auf die „inneren Bedrohungen“ bezeichnete er „Terrorismus und Separatismus“ als „besonders bedrohlich“.

„Die Nuklearwaffe bleibt für Russland das radikalste und billigste Mittel, um die Sicherheit des Landes zu garantieren“, versicherte der Vizepräsident der Akademie für Militärwissenschaften, Generaloberst Warfolomej Korobuschin. Sie be-

nötige wenig Personal, und die Technologie müsse nur gelegentlich auf den neuesten Stand gebracht werden. Deshalb blieben die Atomwaffen das wichtigste Element der Landesverteidigung und dürften auf keinen Fall reduziert werden. Sollte sich Russland auf einen Abbau des für die nukleare Abschreckung notwendigen Potenzials einlassen, wäre „die Rückstufung von Russlands geopolitischem Status“ die unmittelbare Folge.

Im Rahmen der Diskussion über die Militärdoktrin wurde zudem auf die unumstrittene Führung der USA in Bezug auf Militäreinsätze im All hingewiesen. „Diesen Weg der Militarisierung des Weltraums werden auch die anderen Staaten gehen“, sagte der Chef des Hauptstabes der Luftstreitkräfte, Generaloberst Boris Tschelzov. Als Weltmacht könne Russland nur auftreten, wenn es militärisch global präsent sei. Dazu gehöre nun einmal eine fähige Marine. Vor diesem Hintergrund forderte der Chef des Hauptstabes der russischen Marine, Admiral Michail Abramow, im Januar 2007 eine Neuauflage der weltweiten Verteidigungs- und Angriffsoperationen. Die Marine solle den Auftrag bekommen, den freien Zugang Russlands zu den maritimen Bodenschätzen zu gewährleisten.

Neben Zustimmung traf das Konzept der Militärdoktrin auch auf Ablehnung: So wurde es in der Fachzeitung *Nezavisimoe voennoe obozrenie* scharf kritisiert. Oberst Georgij Kolivanov mahnte, solange Russland nicht „deutlicher seine Politik der Freundschaften und Feindschaften gegenüber dem nahen und fernen Ausland“ definiere, dürfe es gar keine Militärdoktrin haben. Kolivanov wies zu Recht darauf hin, dass es eine riesige Kluft zwischen den „inner-russischen Selbstdarstellungen und dem Bild gibt, das im Ausland über Russland“ existiere.

Andrej Kalich vom „Zentrum für Demokratie und Menschenrechte“ warf den Generälen vor, schon wieder an einem

Russland nimmt Raketenabwehrsystem in Betrieb: ein S-400-Triumph-Missile-System in der Region Moskau (August 2007).
© picture-alliance/dpa, Foto: Lystseva Marina



Feindbild zu basteln: Alles, was sich im post-sowjetischen Raum und außerhalb der Kontrolle des Kremls ereigne, werde als Verschwörung der Feinde Russlands dargestellt. Folge man der Logik der Generäle, seien ausgerechnet die unabhängigen Medien und Menschenrechtsorganisationen „Mittel der feindlichen Informationstätigkeit“. Demgegenüber sprach sich Kalich dafür aus, nicht allein den „Falken“, also den Generälen und dem Verteidigungsministerium, die Ausarbeitung des sicherheitspolitischen Konzeptes zu überlassen. Ansonsten werde die Liste der „Feinde Russlands“ immer länger.

Politik der Aufrüstung

Das medienwirksame Säbelrasseln der russischen Generäle und ihr Einsatz für neue Waffensysteme haben Ursachen: Seit zwei Jahren dürfen sie neben ihrer bezahlten Tätigkeit als Soldaten auch als – honorierte – Vorstandsmitglieder für russische Rüstungsbetriebe tätig sein. Infolgedessen nehmen sie vor allem die Inte-

ressen dieser Unternehmen wahr. Dazu gehört es, die Bevölkerung mit einer längst überwunden geglaubten Aggressivität vor den USA und der NATO zu warnen. Um das „Überleben“ Russlands zu sichern, fordern die Militärs neue Waffensysteme. Sonst bestehe Gefahr für das Vaterland! Eine direkte Folge der Zusammenarbeit zwischen den Generälen und der Industrie sind höhere Preise für Rüstungsgüter, die dem russischen Staat aufgebürdet werden. So haben sich die Kosten für die Produktion der modernen Transkontinentalrakete „Topol“ in den „letzten drei Jahren verdreifacht, bei anderen Waffensystemen sogar vervierfacht“, stellt der russische Generalstab verwundert fest. Dagegen unternehmen kann er kaum etwas, schließlich sitzen die Unterstützer des jungen, dafür aber umso einflussreicheren militärisch-industriellen Komplexes im Parlament.

„Der Feind steht vor der Haustür!“ Diesen Irrglauben verbreiten einige Dutzend Abgeordnete, die ursprünglich aus der Armeeführung stammen, in der Staatsduma. Darunter befinden sich Ex-Verteidigungsminister General Igor Rodionow oder Generaloberst Arkadij Basakajew. Sie initiierten ein Gesetz, wonach 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben zur Verfügung stehen sollen. Um ihren Anspruch zu bekräftigen, verweisen sie nicht nur auf die vermeintliche amerikanische Bedrohung, sondern auch auf die Verteidigungsausgaben der VR China. Sie vergessen nicht zu betonen, dass die Modernisierung der chinesischen Armee, die zweimal größer ist als die russische, wesentlich schneller voranschreite.

Neben der Staatsduma hat die Rüstungsindustrie einflussreiche Unterstützer in der Regierung. Sie alle wollen von den ungeheuren Öl- und Gasgewinnen des Landes profitieren, sodass sie massiv für neue Regierungsaufträge für konventionelle und nukleare Waffen werben.

Internationale Abrüstungsverträge – wie KSE oder INF – erweisen sich dabei als hinderlich. Insgesamt hat der politische Einfluss der Waffenproduzenten in Russland unter der Präsidentschaft Wladimir Putins enorm zugenommen. Die sogenannte „Reform“ der russischen Armee verbindet die Rüstungsindustrie mit einer neuerlichen Aufrüstung mit modernen Waffensystemen. Präsident Putin will dafür hundertvierzig Milliarden US-Dollar bis zum Jahr 2012 zur Verfügung stellen. Mit Blick auf die Rüstungsausgaben der USA handelt es sich zwar immer noch um eine vergleichsweise geringe Summe. Betrachtet man jedoch die Verhältnisse Russlands, bedeutet der Anstieg des Rüstungsetats einen riesigen politischen Erfolg des militärisch-industriellen Komplexes.

Daneben führten die russischen Sicherheitspolitiker und Wissenschaftler eine intensive und offene Diskussion über mögliche Antworten auf die geplanten US-Raketenabwehrpläne. Wiederum dokumentierte die *Nezavisimoe voennoe obozrenie* den Debattenverlauf akribisch. Allerdings war die Qualität der Beiträge durchaus unterschiedlich: Während renommierte russische Experten ihre Argumente sachlich austauschten, verbreiteten Militärangehörige und Regierungsvertreter eine „militärisch-paranoide Stimmung“, kritisierte Sicherheitsexperte Pavel Zolotarev. Er hätte es lieber gesehen, wenn von offizieller russischer Seite mehr nach Kompromissen als nach Möglichkeiten gesucht worden wäre, den Streit zu verschärfen. So wurde von offizieller Seite mehrmals mit der einseitigen Kündigung des INF-Vertrages gedroht, den die Sowjetunion und die USA am 8. Dezember 1987 unterzeichnet hatten. Präsident Putin wies im Februar 2007 in München auf diese Möglichkeit hin. Auch Generalstabschef Balujewskij begründete die Stationierung von russischen Mittelstreckentraketen mit den US-Raketenabwehrplä-

nen in Osteuropa. Der Befehlshaber der Strategischen Raketentruppen, Generaloberst Nikolaj Solovzov, sekundierte, indem er eine Aufrüstung seiner Regimenter mit Mittelstreckenraketen begrüßte.

„Mit der Kündigung des INF-Vertrages würde Russland seine Verteidigung schwächen, nicht stärken“, meint hingegen Sergej Rogov, Direktor des renommierten Instituts für USA und Kanada der Akademie der Wissenschaften und Präsidentenberater. Im Gegensatz zu Russland hätten die USA keine finanziellen Probleme, rasch neue Mittelstreckenraketen zu produzieren. Hinzu komme, dass die russischen Raketen im Vergleich zu den amerikanischen veraltet seien. Folglich bedeute die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen um Russland herum „eine tödliche Gefahr“. Deshalb empfiehlt Rogov eine Fortsetzung des sicherheitspolitischen Dialogs mit Washington und fordert einen Verzicht auf den Konfrontationskurs. „Unter dem Einfluss der Pentagon-Propaganda“ solle Russland nicht hysterisch reagieren, so wie die sowjetische politische und militärische Führung vor fünfundzwanzig Jahren im Rahmen des SDI-Programms (Strategic Defense Initiative). Damals hätten die sowjetischen Militärs die amerikanischen Zeichentrickfilme über Raketen abschießende Laserwaffen allzu ernst genommen, mahnt der Wissenschaftler. Tatsächlich würden die USA erst in zwanzig bis fünfundzwanzig Jahren imstande sein, einige Hundert Sprengköpfe abzufangen. Von daher plädiert Rogov für eine Fortsetzung der Verhandlungen über die Raketenabwehrpläne im Rahmen des Russland-NATO-Rates. Alternativ könnte der überholte INF-Vertrag zwischen den USA und Russland über die Raketenabwehr neu ausgelegt werden.

Gezielte Provokation?

Der Leiter des Zentrums für Internationale Sicherheit der Akademie der Wis-

senschaften, Alexei Arbatov, der als Abgeordneter praktische politische Erfahrungen im Verteidigungsausschuss der Duma sammelte, sieht ebenfalls keinen Grund, den INF-Vertrag aufzugeben. Nach seinen Worten gehört er zu den „wichtigsten Verträgen für nukleare Abrüstung“. Ausländische Mittelstreckenraketen sollten Russland keine Angst einjagen, schließlich könne Moskau jederzeit asymmetrisch, also mit ballistischen Nuklearraketen, antworten. Im Übrigen sollte sich Russland nicht auf dieselbe Stufe mit Ländern wie Pakistan stellen und deren Mittelstreckenraketen dadurch aufwerten. Die US-Raketenabwehrpläne in Osteuropa betrachtet Arbatov als gegen Russland gerichtete „offensichtliche politische Provokation“. Er schließt nicht aus, dass Washington absichtlich die Kündigung des INF-Vertrages herbeiführen wolle, da die Folgen für die Sicherheitslage seines Landes extrem negativ wären. Dabei hätten die russischen Militärs selbst wiederholt erklärt, dass die US-Raketenabwehr auf keinen Fall Russlands nukleares Potenzial bedrohe. Schließlich fliegen die gegen die USA abgefeuerten russischen Raketen über den Nordpol, sodass die amerikanische Abfangstation in Polen einen russischen Angriff nicht verhindern könnte. Deswegen bestehe auch kein Grund, Washington die „Zerstörung des strategischen Gleichgewichtes“ vorzuwerfen. Laut Arbatov bestünde die einzige „vernünftige Erklärung“ für die Kündigung des INF-Vertrages in einer „sicherheitspolitischen Bestrafung“ der osteuropäischen Staaten. Dagegen spreche aber, dass Russland damit auch Frankreich, Deutschland, Italien und andere westeuropäische Länder treffen würde, zu denen Moskau gute Beziehungen unterhält und unterhalten will. Sollten hingegen die USA direkt das Ziel russischer Reaktionen sein, wäre es aus politischen und militärischen Gründen viel logi-

scher, das wichtige russisch-amerikanische SORT-Abkommen (Strategic Offensive Reductions Treaty) zur Reduzierung der strategischen Offensivwaffen vom 24. Mai 2002 zu kündigen.

Dass die Produktion Hunderter neuer Mittelstreckenraketen und deren Wartung im Interesse einiger militärisch-industrieller Konzerne liegen, weiß der Sicherheitsexperte nur zu gut. Mit der Frage, aus welchen Haushaltstiteln die Raketenpläne finanziert werden sollen, legt er den Finger in die offene Flanke der russischen Regierung. Bereits die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen „Pershing II“ Anfang der 1980er-Jahre wurde als direkte Gefährdung der Sowjetunion betrachtet. Dieses Mal wäre die Bedrohung noch umfassender, da die NATO viel näher an Russlands Grenzen herangerückt ist als zu Zeiten des Kalten Krieges. Heute können die Mittelstreckenraketen nicht nur Moskau erreichen, sondern auch die Ural-Gebiete. Da in diesem Fall das russische Nuklearpotenzial ausgeschaltet werden könnte, müsste der Kreml die nuklearen Streitkräfte unter großem finanziellen Aufwand umstrukturieren. Obwohl bereits diese Argumente klar gegen eine Kündigung des INF-Vertrages sprechen, fügt Arbatow weitere hinzu: Diese harsche Reaktion Moskaus würde die europäischen NATO-Mitglieder wieder enger an die USA heranführen und das anti-russische Fundament stärken, indem neue NATO-Mitglieder aus dem post-sowjetischen Raum aufgenommen würden. Allein schon deshalb dürfe Russland nicht die Rolle des „Bösewichts“ auf dem internationalen Parkett spielen. Angesichts dieser Szenarien ist sich der Wissenschaftler sicher, dass die USA insgeheim die Kündigung des INF-Vertrages durch Russland begrüßt hätten. Dass das Weiße Haus und das Pentagon „äußerlich gleichgültig“ auf die Erklärungen aus Moskau reagierten,

wertet er als starken Beleg für seine These.

Wladimir Belous, Generalmajor a. D. und Autor zahlreicher militärischer Fachbücher, hält eine russisch-amerikanische Zusammenarbeit bei der Raketenabwehr für unmöglich. Russland verfügt über 762 Trägersysteme mit 3373 Nuklearsprengköpfen, die USA besitzen 986 Trägersysteme mit 4116 Sprengköpfen, die beide Staaten primär gegeneinander richten. Unter diesen Bedingungen sei „eine gemeinsame Raketenabwehr unrealistisch“. Darüber hinaus zeige die Politik der USA, um Russland herum Militärbasen und Luftwaffenabwehrsysteme aufzubauen, dass Washington kein Interesse an einem gemeinsamen Projekt habe. Als allerletzte Antwort gegen die Raketenabwehrpläne erwähnt der Experte den Abschuss der feindlichen Satelliten.

Wenn man gerade keinen Feind hat, zaubert man sich einen herbei. Diesem Motto folge derzeit die russische politische und militärische Führung, kritisierte im Mai 2007 Militärexperte Viktor Mjasnikow in *Nezavisimoe woennoe obozrenie*. Zugleich erinnerte er daran, dass sich der Kreml bereits einmal erfolgreich dem „teuren Wettbewerb mit den USA im Bereich der Raketenabwehr“ entzogen habe, nachdem Russlands „Bauchnarbe“ beim Rüstungswettbewerb geplatzt sei. Im Einzelnen wirft er den Generälen und Managern aus dem militärisch-industriellen Komplex vor, ihre Profite aus der neuen „amerikanischen Bedrohung“ zu ziehen. „Ist das nicht der eigentliche Grund für die Hysterie, mit der die Kündigung des INF-Vertrages vorangetrieben wird?“ Die Politiker spielten dabei mit und missbrauchten die US-Raketenabwehrpläne zur „Konsolidierung des Volkes“. Denn sonst habe der Kreml den Menschen nichts zu bieten. „Der gemeinsame Feind verbindet stärker als irgendwelche Freunde.“